

Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei
den Kaiserl. deutschen Postanstalten viertel-
jährlich 3 Mark; außerhalb des deutschen Reiches
tritt Post- und Stempelsauschlag hinzu.
Einzelne Nummern: 10 Pf.

Auskunftsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernauflage Aufschlag.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage abends.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

für die Gesammlung verantwortlich:
Hofrat Otto Banck, Professor der Litteratur- und Kunstgeschichte.

Nichtamtlicher Teil.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 14. März. (Tel. d. Dresden. Journ.) Verschiedene Morgenblätter zufolge beabsichtigten Ministerpräsident Tirard und Minister Spaurer, infolge des gestrigen Votums im Senat anlässlich der Interpellation über die französisch-türkischen Handelsbeziehungen zu demissionieren. Im beutigen Ministerrate wurde die offizielle Entscheidung getroffen werden.

Madrid, 13. März. (W. T. S.) Infolge der Erkrankung des Ministers Beja de Armiño sind die Ernennungen der Delegierten für die Berliner Konferenz noch nicht endgültig erfolgt. Wahrscheinlich aber werden die Deputierte Herzog Almodovar del Rio, der Senator Fernandez Castro und ein Mineningenieur, ein Fabrikinspektor von Barcelona und der Inspektor der Rio Tinto Gruben designiert werden. Der Botschafter Graf Ascaso dürfte ebenfalls an der Konferenz teilnehmen.

New Orleans, 13. März. (Tel. d. Dresden. Journ.) Infolge fortgesetzten Steigens des Mississippi ist der Deich gebrochen. Die in der Nähe des Flusses gelegenen Stadtteile wurden überschwemmt. Man befürchtet, daß die angestellten Versuche, das Wasser in den See Pontchartrain zu pumpen, nicht genügen und daß noch andere Stadtteile überflutet werden.

Dresden, 14. März.

Der Frage der Arbeiterwohnungen.

Wie die gegenwärtig brennend gewordene „Wohnungsfrage“ im Vorbergrunde des öffentlichen Interesses stand, war vielmehr die Meinung verbreitet, daß die Wohnungsknot in den großen Städten, d. h. das übermäßige Steigen der Mietpreise, der Mangel an geeigneten Wohnräumen und die Überfüllung und schlechte Beschaffenheit derselben, nur vorübergehender Natur sei. Man glaubte, daß diese Zustände einzige und allein durch den Aufschwung der Industrie und das Zuströmen der großen Menschenmassen nach den Großstädten herbeigeführt werden seien und daß die Entwicklung die Erstellung einer ausreichenden Anzahl von neuen Wohnungen gefordert habe, sich die Wohnungssucht ganz von selbst wieder vermindern werde. Die Erfahrungen, welche auf diesem Felde in den letzten Jahrzehnten gemacht worden sind, haben indes auf's Deutlichste gezeigt, daß diese Ausschauung eine durchaus irrtümlich ist, und daß der Zustand einer gewissen Wohnungsknot in den Großstädten kein vorübergehender, sondern ein dauernder ist. Namentlich ist in fast allen größeren Städten ein großer Mangel an geeigneten Wohnungen für die weniger bemittelten Klassen und für die Arbeiter vorhanden. Zur Hebung dieses Missstandes sind in der letzten Zeit in der Presse eine ganze Reihe zum Teil recht beherzigenswerter Vorschläge laut geworden; in gemeinnützigen Vereinen hat man sich wiederholt und eingehend mit der Frage beschäftigt und auch die Staats- und Kommunalverwaltungen haben derselben ihr Augenmerk zugewandt. Diese allgemeine Anteilnahme läßt die Hoffnung bestreitig erscheinen, daß es im Laufe der Zeit doch noch gelingen wird, die Leiden und Übelstände, welche aus den schlimmen Zuständen unseres Wohnungswesens hervorgehen, mehr und mehr zu befreien. In einer an die „Schlesische Zeitung“ gerichteten Zuschrift macht neuerdings der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Ludwich in Tübingen einige recht bemerkenswerte Vorschläge.

Feuilleton.

Schwer gebüxt.

Eine Erzählung von Philipp Moreto.

(Fortsetzung)

Baron Lionel hatte noch kein Wort von Liebe zu Gertrud gesprochen, ihr Gefühl aber jagt ihr, daß er zärtliche Neigung für sie hege. Sie ihrerseits dagegen schmeichelte sich mit der Einbildung, daß niemand von den Empfindungen eine Ahnung habe, die in ihrem Herzen wakten.

Der Park von Wartiz war weit und breit berühmt wegen seiner Nachttigallen; der Teil desselben, wo die lieblichen Sängerinnen in dem dichten Unterholz am häufigsten zu hören pflegten, war daher ein Lieblingsaufenthalt der beiden jugendlichen Schwestern.

Eines Abends schlenderten sie in dem dunklen Schatten der balsamisch duftenden Linden langsam die wohlverlegten Parkwege auf und ab. Der Baron hatte Gertrud den Arm gegeben und erzählte ihr in lebhafter Rede von den Kunstschätzen Italiens und Griechenlands und von der hohen Weisheit, mit welcher die Alten besonders die Frauenschönheit darstellen verstanden hatten.

Gertrud lauschte ihm mit Freude, allein ihr Entzücken galt mehr dem melodischen Tonfall seiner Stimme als den Schilderungen der antiken Marmorgedächtnisse. Plötzlich begann eine Nachttigall dicht vor ihnen ihren süßesten Gesang. Unwillkürlich hemmte

sie den gesuchten Unterbringung der noch den großen Städten strömenden Industriearbeiter. Der durch seine Arbeiten auf diesem Gebiete rühmlichst bekannte Gelehrte sagt:

Wer die Überzeugung teilt, daß die Möglichkeit einer Besserung der sozialen Gebrechen der Gegenwart durch Ordnung und Sicherung der äußeren Lebensbedingungen der Arbeitervölkerung bedingt bleibt, wird sich immer von neuem ganz besonders zu Erwagungen darüber hingetragen fühlen, auf welchem Wege die schweren Lebelsstände, welche mit den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen der Arbeiter verbunden sind, bekämpft werden können. Als durchaus zweckmäßigen Vorschlägen hierzu ist in den letzten Jahren ein Mangel gewesen.

Solche sind namentlich von Miguel, Kolle, Schmöller u. a. gemacht worden, aber an der Ausführung gebracht ed. ist jedoch gänzlich, obwohl Recht und Pflicht des Staates zur Gewährleistung einer Zwangsgewalt auf diesem Gebiete enger Zweck liegen. Eine genügende Abbildung darf man sich aber auch von der Durchführung der vorgeschlagenen Maßregeln noch lange nicht versprechen, und es gilt daher, ohne Verzug noch Mitteln und Wege zu suchen, um wenigstens einer Erhöhung des Übels durch Zugang neuer Arbeiter in die Mittelpunkte der Industrie vorzubringen.

Eine der Hauptursachen des Zusangs von Arbeitern zu dauernder Niederlassung nach bestimmten Orten ist die Gründung neuer Fabriken oder Bergwerksanlagen oder die Erweiterung solcher. Die Zeiten, in welchen Staat und Gemeinden solche Kleingründungen mit Freude begrüßt und auf mannigfache Weise beginnen zu müssen glaubten, sind längst vorüber. Die Gründungen und Erweiterungen industrieller Anlagen haben bereits längst einen als „ungehoben“ zu bezeichnenden Umfang angenommen. Das setzt Sintern des Zinskusses beginnigt die selben, da gegenwärtig Geldanlagen in industriellen Unternehmungen vorteilhafter erscheinen müssen als der Ankauf von Staatspapieren oder die hypothekarische Beteiligung. Wenn einmal solche Zeiten, Handelsflüchtungen oder Krieg hereinbrechen, dürften sich die Folgen der Überfüllung in den Centren der Industrie durch plötzlich eintretende massenhafte Arbeitslosigkeit in beängstigender Weise herausstellen. Die neuen großartigen Gefahr über Arbeiterversicherung haben erheblichen Missständen abgeholfen, die Kosten der politischen Gemeinden (Armenverbände) durch Abwaltung der ersten auf die Unternehmer erleichtert und auf diese Weise auch die Gründung neuer industrieller Unternehmungen unter schwierigere Bedingungen gestellt; aber für den Fall der Arbeitslosigkeit oder des Sinkens der Löhne gewähren sie keine Hilfe, können vielmehr als dann ganz eigenartige Gefahren im Gefolge haben und namentlich das Reich und die politischen Gemeinden schwer belasten.

Es erscheint doch an der Zeit, mit der alten Vorstellung zu brechen, als wenn es ein selbstverständliches Menschen- und Bürgerrecht sei, Fabriken zu gründen und Arbeiter dazu von weit und breit heranzuziehen, ohne zugleich deren Aufstand sicher zu stellen. Eine solche Vorstellung ist ein schwerer Irrthum unserer kapitalistischen Betriebs. Wer eine Fabrik errichtet, in welcher er 100 bis 500 Arbeiter beschäftigt, zwingt die Ortsgemeinde dazu, für den Unterricht der Kinder der Neuansiedler zu sorgen, das Polizeipersonal zu vermehren, bedeutend höhere Armenlasten aufzubringen, der günstigen dadurch bedingten Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse namentlich in kleineren Orten gar nicht zu gedenken. Es kann sich mit der Zeit die Notwendigkeit herstellen, der politischen Ortsgemeinde oder der Kreisvertretung ein Recht des WiderSpruchs gegen Neuanlagen gewerblicher Gründungen einzuräumen; vielleicht ist der Zeitpunkt der Gewährung eines solchen Rechts nicht

so fern, als manche Freiheitskämpfer glauben. Gegenwärtig darf man sich indes noch mit dem Versuche begnügen, weniger einschneidende Mittel anzuwenden, und als eines der wahlsiegendsten und wichtigsten erscheint der Kampf gegen Unternehmer, für genügende Wohnungen der Arbeiter zu sorgen, und zwar nicht nur für Schlafzüle, welche in einzelnen Fabriken bereits vorhanden sind, sondern für getrennte Familienwohnungen und für Schlafzimmer zur Unterkunft Unverheirateter. In Scheinfestform ausgedrückt, würde der Grundfaß etwa also lauten:

„Am 1. Januar 18... an ist jeder Unternehmer, welcher eine gewisse Anlage neu gründet und in derselben mehr als zehn Arbeiter beschäftigt, verpflichtet, in nicht zu großer Entfernung von der Anlage Arbeiterwohnungen für verheiratete und ledige Arbeiter zu beschaffen, welche geistige Zuwendung der gewerblichen Anlage bleiben.“

Familienwohnungen müssen für die Hälften der Arbeiter vorgesehen sein.

Audnahmen können auf Antrag der politischen Gemeinde durch die staatliche Aufsichtsbehörde dann bewilligt werden, wenn sie in den Unternehmen beschäftigten Arbeiter entsprechende Wohnungen am Ort oder in der Nachbarschaft eigentlich bestehen oder sich zu beschaffen vermögen.

Die direkte Verpflichtung hat jeder Unternehmer, welcher nach dem 1. Januar 18... die Zahl seiner Arbeiter vermehrt, hinsichtlich der neu hinzugekommenen Arbeiter.“

Die Bestimmungen mögen nach vorgängiger Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse so oder anders gefaßt werden, auch könnten mehr Maßnahmen zugelassen werden; die Bestimmungen könnten z. B. in Törlern erst bei einer Zahl von 20 Arbeitern völ. greifen. Auf Einzelheiten ist hier nicht näher einzugehen; die können seine erheblichen Schwierigkeiten verursachen, sobald nur das Grundprinzip gebilligt wird. Es läßt sich von denselben am ersten eine heilsame Zurückdrängung der Arbeitsflucht nach den Städten, dieser schlimmsten Erscheinung unserer Zeit, und zugleich eine Wölbung des Gründungsbezirks erwarten, welches so oft zu unüberlegten, nachher bald zusammenbrechenden Gründungen führt. Die Gesetzgebung hat in Bayern jüngst zu dem Mittel gezögert, die Großbierbrauer stärker zur Steuer heranzuziehen als die Kleinkrauter, um letztere vor dem Untergang zu bewahren; man würde den Zweck vielleicht auf richtigerem Wege durch den Zwang der Beschaffung von Arbeiterwohnungen erreichen.

Man hat in neuerer Zeit wohl auch von Vorschlägen gehört, dem Recht der Zwangserneignung in südlichen Gebieten eine größere Ausdehnung zu geben, um das Bauen zu erleichtern, oder gar die Städtegründungen zu verzögern, für die Beschaffung billiger Arbeiterwohnungen mit öffentlichen Mitteln einzutreten. Damit würden die privatrechtlichen Verhältnisse aber in sehr gefährlicher Weise ins Ungewisse gesetzt, den Städten neue finanzielle Schwierigkeiten bereitet und ihnen die sonderbare Zumutung gestellt werden, den Zugang fremder Arbeiter, der doch für sie eine Kolonialität ist, zu befürchten.

Tagesgeschichte.

Dresden, 14. März. Aus Averni sind über das Befinden Ihrer Majestät der Königin die ersten Nachrichten hier eingegangen.

Allerhöchsteselbe hat im Hotel Pension Anglaise, wo sie zur Zeit Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin von Schweden und Norwegen verweilt, Aufenthalt genommen.

Begnügt von der gesuchten Lage des Ortes und der milden Luft verweilt Ihre Majestät täglich längere

Zeit im Freien. Allerhöchsteselbe hat sich bereits wesentlich erholt und eine Kräftezunahme ist sehr bemerkbar.

* Berlin, 13. März. Se. Majestät der Kaiser erledigte heute vormittag Regierungsgeschäfte und nahm einige Vorträge entgegen. — Der „Reichsanziger“ meldet amtlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Staatsminister v. Bötticher. — Auf der am 15. März in Berlin zusammenstehenden internationalen Arbeiterschulkonferenz werden außer Deutschland folgende Staaten vertreten sein: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen, die Schweiz und Spanien. Die Namen der Delegierten Deutschlands haben wir gestern aufgeführt. Als Delegierte der übrigen Staaten werden der Konferenz bewohnen:

Seitens Belgien: Baron Gerlind, Staatsminister Jacobs, Direktor im Ministerium für Handelswesen Herzog und als Bev. Baron Arnold v. Koenigsberg.

Seitens Dänemarks: gen. Godeffroy, Fabrikinspektor Dr. phil. H. A. Topke, Direktor einer Feuerwerksfabrik v. Stroms.

Seitens Englands: Sir F. Maitland, Sir John Gorst, parlamentarischer Unterstaatssekretär im India Office, der Gesellschafter in Manchester Sir William Huldtworth und der Geschäftsträger in Darlington David Dale.

Seitens Frankreichs: Jules Simon, Senator und Mitglied der königlichen Akademie, der Senator Delanoë, das Mitglied der Deputiertenkammer Bureau, der Generalsekretär und Präsident des Oberministeriums Linde, der Minister des Finanzministeriums Tornier, als technische Bev. sind diesen Delegierten beigegeben: der Generalsekretär Lacoste, der Generalfaktor des Senatspräsidenten Lebas und der Ingenieur de Rambaud.

Seitens Italiens: der Senator Gerolamo Boccardo, der Deputierte Vittorio Clessi und der Generaldirektor der Statistik Luigi Bodio, als Bev. des Obersteuereid. im Finanzministerium Stricker, und der Professor Molatore Colatorta.

Seitens Norwegens: Dr. A. Broch, seitens der Niederlande der Minister des Innern zu Den Haag und der Generaldirektor im Finanzministerium Stricker.

Seitens der Schweiz: der Landammann Blumer und der Sekretär des eidgenössischen Departements für Industrie Dr. Kaufmann.

Die Namen der Bev. der Delegation Spaniens sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

— Der Reichskanzler hat dem Bundesrat gleichzeitig mit einer Reichsvereinbarung ausgearbeiteten Entwurf, betreffend die Änderung des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands, sowie der Anlage V zu diesem Reglement, vier Anträge des Amtes zur Bev. vorgenommen. Der Bundesrat hat sich mit diesen Anträgen bereits in seiner heutigen Sitzung beschäftigt.

Der erste Antrag geht dahin, in Übereinstimmung mit dem seit langem auf allen deutschen Eisenbahnen eingeführten Verfahren, alle Eisenbahnverträge, abgesehen von den Orientexpressen, einschließlich der Schiffsverträge zu befristete Befreiung, auch an einer bestimmten Stelle des Reglements einzutreten zu lassen. Der zweite Antrag bewilligt das von Rottweil Hamburger Bahnsdirektor vorgenommene „Klein-Saale-Plan“ unter denselben Bedingungen wie das genossenschaftliche Schwarzpulver zur Eisenbahnförderung zugelassen. Der dritte Antrag will die Anlage V zum Betriebsreglement

vergebend sagen sie sich, daß er ja bald wieder zurückkommen würde, daß aufgehoben doch nicht aufgehoben sei; alle Bemühungen verhindern nicht, daß die Ruhe wiederzugeben und das Gefühl von ihr zu nehmen, als sei plötzlich ein großes Unglück über sie hereingebrochen.

So verging der Tag.

Gegen Abend suchte sie die Nachttigallen wieder auf, aber die Einsamkeit bedrückte sie, und bald eilte sie wieder ins Haus zu.

In der Eingangstür stand die Tante Annette und wartete auf sie. Die gute Dame sah bleich und verstört aus. Sie streckte der Nichte beide Hände entgegen.

„Ich wollte Dich soeben suchen“, sagte sie. „Komm herein, Gertrud; es erwartet Dich eine Überraschung. De. Horn ist hier.“

Der Justizrat Dr. Horn war seit langen Jahren der Rechtsbeistand der gräßlich häbischen Familie und der verstorbenen Perlenengelje, abgesehen von den Orientexpressen, einschließlich der Schiffsverträge zu befristete Befreiung auch an einer bestimmten Stelle des Reglements einzutreten zu lassen. Der zweite Antrag bewilligt das von Rottweil Hamburger Bahnsdirektor vorgenommene „Klein-Saale-Plan“ unter denselben Bedingungen wie das genossenschaftliche Schwarzpulver zur Eisenbahnförderung zugelassen. Der dritte Antrag will die Anlage V zum Betriebsreglement

Gertrud ihre Schritte, und dadurch veranlaßte sie ihren Begleiter, ein Gleiche zu thun.

Sie schaute lauschend empor in die dichtbelaubten Baumkronen, durch deren Blättermosche hier und da das Licht des vorher aufgegangenen Mondes hindurchzuckten.

„Dort singt sie!“ sogleich sie leise.

Ein Mondstrahl fiel auf ihr lieblichem Antlitz. Lionel betrachtete sie mit innigem Wohlgefallen; der Abend war still, die Blüten dufteten betäubend, die Nachttigall sang herzerwägend... mit einem Mal brachte er sich herneider und drückte einen Kuß auf die Lippen des jungen Mädchens.

„Süße, einzige Gertrud!“ flüsterte er zärtlich und zog die schlanke Gestalt an sich.

Die nächsten Schritte, laute, lochende Stimmen riefen nach dem Baare. Tante Annette, die Baronin und einige andere auf Besuch anwesende Herrschaften kamen des Weges daher, und der schöne Traum war beendet.

Als die Gäste sich verabschiedeten, geleiteten Gertrud und die Tante Annette dieselben bis zu ihren Fahrwerken.

Baron Lionel preiste dem jungen Mädchen innig die Hand.

„Ich werde den heutigen Abend niemals vergessen,“ sagte er leise.

„Auch ich nicht.“ entgegnete sie mit bebender Stimme.

„Hören Sie!“ fuhr er fort. „Die Nachttigall singt noch immer — was mag ihr Lied wohl bedeuten? Wissen Sie es?“

Der zärtliche Klang seiner Stimme übte einen beruhigenden Zauber auf sie aus. Sie weigte ihr Köpfchen tief auf die Brust hernieder — wohl

ahnte sie, was der Nachttigall Lied bedeutete, aber nur das Hören ihres Herzens verrät, daß sie es ahnt.

„Morgen komme ich wieder.“ flüsterte er ihr zu, und dann will ich Ihnen sagen, was die Nachttigall sang. Gute Nacht, Gertrud; auf Wiedersehen.“

V

Morgen!

Das Morgen kam Gertrud war glücklich — wollte doch Lionel kommen und ihr sagen, daß er sie liebt!